

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Innenpolitik

Zwei Wochen nach der Krediterteilung von 441 Millionen Franken durch die eidgenössischen Räte für die Anschaffung von 100 P-16-Kampfflugzeugen stürzte die P-16-Versuchsmaschine in den Bodensee ab. Das gleiche Schicksal erlitt bekanntlich schon im August 1955 der erste Prototyp. Der Zwischenfall hat den Warnern recht gegeben, die in Parlament und Presse an der Art und Weise, wie dieser Kredit zustande gekommen war, Kritik geübt hatten. Sowohl die finanzielle wie die militärische Seite dieser Krediterteilung waren nicht sorgfältig genug abgeklärt worden. Auf bloßes Vertrauen hin, das man in die Versprechungen der Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein und in die Erklärungen des Chefs EMD und seiner Fachleute gesetzt hatte, ist der Kreditbeschluß gefaßt worden. Dieses Vertrauen hat sich nun hinterher als ungerechtfertigt erwiesen, und der Bundesrat selbst sah sich veranlaßt, den Auftrag für die Erstellung der Hauptserie vorläufig zu sistieren. Inzwischen ist eine gewisse Abklärung über die Ursache des Absturzes erfolgt. Nach der Auffassung der Sachverständigen lag sie mit ziemlicher Sicherheit in einem Ermüdungsbruch des Hydrauliksystems, der in Verbindung mit andern Mängeln zum Ausfall der Steuerung führte. Der Absturz ist nach dem Dafürhalten des Untersuchungsrichters auf ein Zusammenwirken menschlichen und technischen Versagens zurückzuführen, wobei die Verhältnisse so liegen, daß die Maschine wahrscheinlich hätte gerettet werden können, wenn der Flug bei den ersten Anzeichen einer Unregelmäßigkeit abgebrochen worden wäre. In technischer Hinsicht liegt ein offensichtliches Versagen der Maschine vor, das auf ungenügende Sicherheit in der Konstruktion zurückzuführen ist. Eine Expertenkommission soll nun prüfen, ob die umstrittene Maschine rechtzeitig verbessert werden kann. Bisherige Verlautbarungen lassen erkennen, daß man im EMD nicht an eine vollständige Aufgabe der Bestellung denkt. Die ganze Angelegenheit wird wohl noch zu Diskussionen in der Junisession der eidgenössischen Räte Anlaß geben.

Die Abstimmung über die Finanzvorlage vom 11. Mai bereitet dem Eidgenössischen Finanzdepartement offenbar immer größere Sorgen. Es greift deshalb zu Propagandamitteln, die nicht mehr als fair bezeichnet werden können. So benützte es die Botschaft des Bundesrates über die Staatsrechnung 1957 zu propagandistischen Erklärungen, die sich wie ein Artikel zugunsten der Finanzvorlage vom 11. Mai ausnehmen. Das Absinken des Reinertrages unter 200 Millionen Franken trotz andauernder Hochkonjunktur

wird «ausschließlich» auf die im Jahre 1957 außerordentlich hohen Militärausgaben zurückgeführt und wörtlich dann hinzugefügt:

«Wenn zum Schluß auf diesen Tatbestand noch ausdrücklich hingewiesen wird, so geschieht es, um von vornherein dem Fehlschluß zu begegnen, der Rechnungsabschluß 1957 zeige, daß die in der Finanzordnung 1958 verankerten Einnahmen dem Bunde nicht die nötigen Mittel für die Erfüllung seiner Aufgaben im Laufe der nächsten Jahre gewährleisten. Die vom Finanz- und Zolldepartement angestellten Untersuchungen haben vielmehr bestätigt, daß bei normaler, weiterer Zunahme des schweizerischen Volkseinkommens um 2 bis 3 Prozent pro Jahr die Einnahmen nach der Finanzordnung 1958 in den kommenden Jahren dem Bunde erlauben werden, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Die Sozialpolitik kann auf dem Gebiete der Verdienstersatzordnung, der Invalidenversicherung sowie der Kranken- und Mutterschaftsversicherung plangemäß ausgebaut werden. Auch für die Förderung der Atomforschung und für die übrigen Bundesaufgaben für unsere Volkswirtschaft – Straßenbau, Eisenbahnhilfe, Getreideversorgung usw. – kann über vermehrte Mittel verfügt werden. Neue Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1959 bis 1963 haben ergeben, daß darüber hinaus jährlich noch 100 bis 200 Millionen Franken für die Schuldentilgung zur Verfügung stehen werden. Das Ergebnis der Rechnung 1957 bestätigt, daß die Mittel, die dem Bunde durch die Finanzordnung 1958 zur Verfügung gestellt werden sollen, zwar knapp bemessen sind, aber für die Erfüllung der Aufgaben ausreichen, die dem Bund während der Dauer dieser Finanzordnung gestellt sind.»

Hier wird also mit öffentlichen Mitteln Propaganda für eine Finanzvorlage gemacht, die im Volk und unter den Parteien selber stark umstritten ist. Daß die einzelnen Bundesräte in eidgenössischen Abstimmungskampagnen als Referenten ihre persönliche oder parteipolitische Auffassung vertreten, ist ihr gutes Recht; daß aber der Bundesrat oder einzelne Departementvorsteher offizielle Botschaften zu Propagandazwecken für umstrittene Vorlagen benützen, ist ein Mißbrauch ihrer amtlichen Befugnisse, der abgestellt gehört. Den obigen Ausschnitt haben wir festgenagelt, weil eines Tages vielleicht der Augenblick kommen kann, wo man den Bundesrat an seine eigenen Behauptungen zu erinnern hat. Wir wollen dann sehen, was von seinen Versprechungen noch übrig bleibt, wenn dank der Finanzordnung vom 11. Mai die Mittel tatsächlich fehlen sollten, um die Verdienstersatzordnung, die Invalidenversicherung, die Kranken- und Mutterschaftsversicherung großzügig auszubauen, die AHV-Renten zu erhöhen, genügende Mittel für die Atomforschung, den Straßenbau, die Eisenbahnhilfe, die Getreideversorgung, den Gewässerschutz, den beruflichen und technischen Nachwuchs zur Verfügung zu stellen. Für diese sozialpolitischen Aufgaben reichen die 230 bis 235 Millionen Franken, die gemäß Finanzhaushaltsplan

ab 1959 nach den Versprechungen des Bundesrates aufgewendet werden sollen, nicht aus, ganz abgesehen davon, daß mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, daß diese 230-Millionen-Grenze unterschritten werden wird, wenn der in der Vorlage vom 11. Mai geplante Steuerabbau wieder eine Periode der Defizitwirtschaft einleiten sollte. Das Vertrauen der Schweizerischen Angestelltenkammer in das Versprechen des Bundesrates steht deshalb auf schwachen Füßen, und die Angestellten und Beamten würden besser tun, mit der Arbeiterschaft zusammen für die Verwerfung der Vorlage vom 11. Mai zu sorgen, um damit den Weg für eine Finanzordnung freizulegen, die nicht nur eine gerechte Steuerverteilung gewährleistet, sondern auch die erforderlichen Mittel für einen vollen sozialen Ausbau des Bundes bereitstellt. Ein solcher Entscheid müßte den Angestellten und Beamten im Grunde nicht schwerfallen, wenn sie an die Krise der dreißiger Jahre denken und sich vergegenwärtigen, wie heute in der Wirtschaft sich wieder die Anzeichen ernster Rückschläge mehren und wir unversehens wieder vor der Tatsache stehen können, daß einerseits die Steuereinnahmen des Bundes infolge des Rückganges der Wirtschaft bedenklich absinken und andererseits dem Bund aus der Bekämpfung von Krise und Not neue große Ausgaben erwachsen. Im Hinblick auch auf solche Möglichkeiten ist die gesamte Arbeitnehmerschaft gut beraten, wenn sie die Finanzvorlage vom 11. Mai ablehnt.

P. S.

Außenpolitik

In Rußland hat die erste Session des neugewählten Obersten Sowjets *Chruschtschow zum Regierungschef*, an Stelle von Marschall Bulganin, gewählt. Chruschtschow bleibt Generalsekretär der Kommunistischen Partei und nimmt mehr und mehr die dominierende Stellung ein, die Lenin und später Stalin innehatte. Fünf Jahre nach dem Tode Stalins ist das feierlich proklamierte Prinzip der «kollektiven Führung» fallen gelassen, um erneut einem persönlichen Regime Platz zu machen. Von der nach dem Tode Stalins gebildeten kollektiven Führung wurden zum Tode verurteilt, deportiert oder kaltgestellt: Beria, Malenkow, Molotow, Kaganowitsch, Schepilow, Schukow und Bulganin, alles engste Mitarbeiter Stalins. Die Säuberung der Parteileitung und der Regierung erfolgte ausgesprochen im Zeichen des Antistalinismus. Die Säuberung ist jedoch noch nicht zu Ende. Innerhalb der Parteileitung und des Sekretariats hat der alte Stalinist Suslow noch sehr wichtige Funktionen inne, besonders diejenige der Beziehungen zu den Kommunistischen Parteien des Auslandes, bei denen er die antistalinistischen Tendenzen bekämpft und die Sektierer unterstützt.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Chruschtschow und der alten Garde sind nicht in erster Linie auf dem Gebiet der Außenpolitik zu suchen,

sondern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Chruschtschows, in der Dezentralisierung der Wirtschaft und in der Liquidierung der Maschinen- und Traktorenstationen, als Konzession an die Tendenzen der Kollektivbauern. Chruschtschow ist kein Dogmatiker, sondern ein dynamischer Empiriker, der die Fähigkeit besitzt, volkstümliche Aktionen zu starten und plötzliche Wendungen durchzuführen. Er fühlt sich nicht an das gebunden, was er am Tag vorher gesagt hat. Das ist sein Vorteil, aber auch eine Schwäche.

Eine der ersten Handlungen des neuen Regierungschefs Chruschtschow war *der einseitige Verzicht Rußlands auf die Atombombenexperimente und die Einladung an die Vereinigten Staaten und Großbritannien, dem Beispiel Rußlands zu folgen*. Dieses Vorgehen der Sowjetregierung hat einen großen Widerhall in der Welt gefunden. Es entspricht dem Wunsch und Willen von Hunderten von Millionen Menschen, die vor der nuklearen Vernichtung eines dritten Weltkrieges Angst haben. Der Beschluß der Sowjetregierung erweckt allerdings gewisse Bedenken. Er wurde erst gefaßt, nachdem die Sowjetregierung im Monat März ihre Nuklearexperimente des Jahre 1958 schon durchgeführt und die ganze Welt radioaktiv verpestet hatte. Ihr Verzicht ist bedingt; wenn die anglosächsischen Regierungen, die ihre Experimente 1958 noch vor sich haben, dem Beispiel der Sowjetunion nicht folgen, wird Rußland seine Experimente weiterführen.

Offensichtlich hat die russische Regierung mit der Ablehnung ihres Vorschlages gerechnet, um auf diese Weise die Verantwortung für die Fortsetzung der Nuklearexperimente den Westmächten zuschieben zu können. Die sture und dumme Politik Dulles' und der amerikanischen Imperialisten hat mit der schroffen Ablehnung des Sowjetvorschlages Rußland geholfen, aus diesem Manöver einen großen Propagandasieg im Kalten Krieg zu gewinnen.

Der Sache des Friedens wäre besser gedient gewesen, wenn die Russen vor ihren eigenen Experimenten des Frühlings 1958 den Vorschlag gemacht hätten, daß beide Militärkoalitionen auf die Experimente 1958 verzichten und eine internationale Kontrolle dieses Verzichtes organisieren sollten.

Die Massenbewegung gegen den Atomkrieg hat in Westdeutschland und in Großbritannien einen gewaltigen Umfang angenommen; die sozialdemokratische Bewegung, die freien Gewerkschaften, wissenschaftliche und religiöse Kreise kämpfen gegen die Atombewaffnung ihrer eigenen Länder. Die vielen Unfälle, wo Flugzeuge mit Nuklearladungen an Bord abstürzten, sowie die Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten auf Grund einer falschen Interpretation von Erscheinungen auf dem Radarschirm Bomber mit Nuklearwaffen schon den Befehl erhalten hatten Rußland zu bombardieren und über den Nordpol im Anflug waren, beweist, wie gefährlich die heutige

Lage und wie notwendig und dringlich eine Vereinbarung der Großmächte über ein international kontrolliertes Verbot der Nuklearwaffen geworden ist.

Die Kommunisten und die Arbeiter der Oststaaten unterstützen durch laute Propaganda die Bewegung der Völker des Westens gegen die atomare Bewaffnung. Sie kompromittieren dadurch bloß die Bewegung gegen den Atomtod und liefern Adenauer und McMillan die wirksamsten Argumente gegen ihre Gegner. Es wäre viel begrüßenswerter, wenn sie gegen ihre eigenen Regierungen und gegen die Bewaffnung ihrer eigenen Armeen mit Nuklearwaffen kämpfen würden, ähnlich wie die Arbeiter und Intellektuellen des Westens das tun. Es nützt nichts, im Osten gegen die Bewaffnung des Westens und im Westen gegen die Bewaffnung des Ostens zu protestieren. Schon die Zimmerwalder Bewegung hatte während des Ersten Weltkrieges die Arbeiter der ganzen Welt aufgerufen, gegen die eigene Regierung den Kampf für den Frieden zu führen, auch wenn diese Regierungen ihre militärischen Aktionen unter dem Propagandaschleier des Friedens und der Verteidigung führten.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Nordafrika hat sich nach der Bombardierung von Sakhiet Sidi Youssef und der Weiterführung des Kolonialkrieges in Algerien weiter verschärft. Die anglo-sächsische Mission der Guten Dienste ist in ihrer Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Tunesien gescheitert. Die Regierung Gaillard hatte wohl unter dem Druck der Vereinigten Staaten nachgegeben und war bereit, mit Tunesien über die Evakuierung der französischen Truppen aus diesem Lande und über andere Probleme zu verhandeln. *Aber die Regierung Gaillard wurde im Parlament durch eine Koalition der Kommunisten und der reaktionären und kolonialistischen Rechten gestürzt.* Diese Koalition ist jedoch nur destruktiv, sie kann keine neue Regierung bilden. Die Kommunisten scheinen vergessen zu haben, daß ihre deutsche Bruderpartei in den letzten Jahren der Weimarer Republik ein Stück weit mit den Nazis ging und mit ihnen gemeinsame Aktionen gegen die Republik durchführte. Auch in Frankreich profitierten die Kolonialisten von der Hilfe der Kommunisten, nicht umgekehrt, wie die letzten Generalratswahlen in der Provinz bewiesen haben.

Die Kolonialkriege Frankreichs in Indochina und in Algerien haben das Land an den Rand des finanziellen und wirtschaftlichen Ruins geführt. Die soziale Unzufriedenheit wegen der Teuerung und der niedrigen Löhne wächst ständig. Die Regierungskrise, die durch den Sturz Gaillards verursacht wurde, zeigt immer mehr, daß sich in Frankreich eine Krise des Regimes entwickelt.

Die Erneuerungswahlen in die Grafschaftsräte Englands haben der Labour Party neue große Erfolge gebracht. Sie erobert die absolute Mehrheit in einer Anzahl Grafschaften und erweitert ihre Mehrheit in den Wahlkreisen, wo sie schon eine Mehrheit besaß, besonders in London.

Die *Kommunistische Liga Jugoslawiens* führte am 22. April in Ljubljana einen wichtigen Kongreß durch. Ein neues Parteiprogramm steht zur Diskussion. Der Entwurf zum Programm steht, trotz großen Konzessionen an die Russen in konkreten Fragen, den Ansichten der Kommunisten Rußlands und ihrer Satelliten ideologisch fern. Die jugoslawischen Kommunisten hatten sowohl sozialdemokratische wie kommunistische Parteien an ihren Parteitag eingeladen. Die sozialdemokratischen Parteien haben die Einladung abgelehnt, nachdem Jugoslawien eine Delegation der Sozialistischen Internationale nicht empfangen wollte. Die kommunistischen Parteien, die zuerst zugesagt hatten, beschlossen am Vorabend des Kongresses, die Tagung wegen der «revisionistischen Tendenzen des Programmentwurfes» zu boykottieren. Die *jugoslawischen Kommunisten bleiben isoliert*, weil sie im Laufe der letzten Jahre den Russen zu viele Konzessionen, nicht nur taktischer, sondern auch ideologischer und theoretischer Natur gemacht, sich andererseits jedoch geweigert haben, vor Rußland zu kapitulieren und sich zu unterwerfen.

In Accra, der Hauptstadt des neugebildeten unabhängigen Negerstaates Ghana, ist eine Konferenz aller unabhängigen Staaten Afrikas zusammengetreten. Der Kampf der Völker Afrikas für ihre Unabhängigkeit dehnt sich immer mehr aus. In allen Negerkolonien entwickelt sich die nationalistische Bewegung gegen die Herrschaft und die Ausbeutung der Weißen. Die Konferenz von Accra, welche die arabischen Staaten Nordafrikas, Abessinien, Liberia und Ghana vereinigt, wird in ganz Afrika sicher einen großen Widerhall finden. JHD.

Blick in die Zeitschriften

Unter dem Titel «*Die Stunde der Warnung ist gekommen*» veröffentlichte «*Freie Gewerkschaftswelt*» (92), das offizielle Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, einen bemerkenswerten *Mahnruf an die Vereinten Nationen*. In diesem Leitartikel wird mit großem Ernst das Versagen der UNO in vielen wichtigen Fragen dargestellt, besonders auch in solchen, die für die Arbeiterbewegung speziell wichtig sind. In diesem Zusammenhang heißt es zum Beispiel:

«In Verbindung mit anderen für die freie Gewerkschaftsbewegung besonders interessanten Fragen der Tagesordnung muß mit Bedauern festgestellt werden, daß wenig Fortschritt bei dem Verfassungsentwurf über die Menschenrechte erzielt wurde. Überhaupt kein Fortschritt wurde hinsichtlich der Preisstabilisierungsprobleme bei Rohstoffen gemacht und nur geringer auf dem Gebiete des internationalen Handels. Schon ein sehr kurzer und unvollständiger Überblick zeigt, daß viele Fragen ungelöst bleiben und daß die Bemühungen um ihre Lösung in vielen Fällen enttäuschten.»

Der mit spürbarer Zurückhaltung und Mäßigung formulierte und darum besonders eindrucksvolle Appell des Organs des IBFG schließt mit folgenden Sätzen: